



Jonas Elvander – Interview mit Wolfgang Streeck: Der Krieg der EU in Afrika

- Juni 17, 2021

Geplant war ein Interview über die europäische Militärintervention in der Sahelzone. Es entwickelte sich ein sehr interessantes Gespräch über die europäische Verteidigungspolitik im Allgemeinen und die laufenden Versuche Frankreichs, eine (französisch geführte) europäische Armee nach dem Brexit aufzubauen

Jonas Elvander ist ein in Brüssel ansässiger Journalist und Redakteur der schwedischen Linkszeitschrift Flamman

Wolfgang Streeck ist Wirtschaftssoziologe und emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts in Köln.

Jonas Elvander: Sie haben zuvor über die Rolle der französischen Armee in der europäischen Politik gesprochen, insbesondere darüber, wie sie in Konfliktgebieten als eine Art Ersatz-Europa-Armee im Austausch für Gefälligkeiten von anderen Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschland, eingesetzt wird. Können Sie erklären, wie dieses System funktioniert?

Wolfgang Streeck: Um mit dem Grundsätzlichen zu beginnen: Frankreich ist seit dem Brexit das einzige EU-Mitglied, das über Atomwaffen und einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verfügt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Frankreich dies als natürlichen Anspruch auf europäische Führung in Sachen nationaler oder „europäischer“ Sicherheit sieht. Hier verwandeln sich die französischen nationalen Interessen aus französischer Sicht in gemeinsame europäische Interessen. Genauer: Es gibt ein französisches nationales Interesse daran, französische Sicherheitsinteressen in europäische zu verwandeln, also in die Rolle einer europäischen Hegemonialmacht zu schlüpfen. Dazu braucht Frankreich Deutschland, das die mit Abstand stärkste Wirtschaftsmacht in Europa ist. Es muss auch der amerikanischen Vorherrschaft über die europäische Sicherheitspolitik entkommen, indem es ein französisch geführtes Europa als eigenständige Weltmacht zwischen den USA und China etabliert, die mehr oder weniger äquidistant zu beiden steht. Hier würde Frankreich, das die EU als Fassade benutzt, Nordafrika und große Teile des Nahen Ostens als ein Gebiet von Hauptinteresse beanspruchen, in dem es die Verantwortung für das trägt, was man „politische Stabilität“ nennt, das Im-Amt-Halten von befreundeten Regierungen, die auf Frankreich hören, wenn es um den Zugang zu ihren Rohstoffen oder um militärische Allianzen und Interventionen geht.

JE: Wie sehen Sie diese deutsch-französische Dynamik im Sahel-Konflikt?

WS: In der Sahelzone führt Frankreich einen Zermübungskrieg gegen lokale Rebellen – manche nationalistisch, manche islamistisch, manche beides -, die nationale Autonomie von Frankreich, ihrem ehemaligen kolonialen und heutigen postkolonialen Oberherrn, fordern. Zum Teil geht es um den Zugang zu sehr seltenen natürlichen Ressourcen, von denen einige für die französische Atomindustrie und Atomwaffen unerlässlich sind. Aber die Idee eines französischen Afrikas existiert immer noch, eines, in dem französisch und nicht englisch gesprochen wird, und in dem die Regierungen notfalls durch französische Truppen vor Ort an der Macht gehalten werden. Das Problem ist, dass dies sehr teuer ist, und die französische Atomwaffe, die in den Wüstenkriegen der Sahelzone nichts nützt, frisst einen großen Teil der sehr hohen französischen Militärausgaben auf. An dieser Stelle kommt Deutschland ins Spiel. Unter dem Atomwaffensperrvertrag der frühen 1960er Jahre, dessen Unterzeichnung eine Bedingung dafür war, dass Deutschland aus der Nachkriegsbesetzung entlassen wurde, darf Deutschland keine Atomwaffen besitzen. Das bedeutet, dass es Geld für große konventionelle Streitkräfte übrig haben sollte. Wenn Frankreich Deutschland dazu bringen könnte, mehr für die Art von Militär auszugeben, die es haben darf, könnten die Deutschen mit Bodentruppen in der Sahelzone aushelfen, natürlich unter französischem strategischen Kommando. Es gibt bereits deutsche Truppen dort, in dem Bemühen, Frankreich einen Gefallen zu tun und zu vermeiden, dass Frankreich Deutschland als „antieuropäisch“ kritisiert; aber es gibt bei weitem nicht genug EU-Truppen, um die verschiedenen Kriege zu gewinnen, die Frankreich derzeit dort führt. Es gibt auch das Problem der Überbleibsel des deutschen Nachkriegspazifismus, der es nach dem deutschen Grundgesetz schwierig macht, Truppen an weit entfernte Orte in Afrika zu schicken, um ein Gebiet zu

„stabilisieren“, in dem niemand Deutschland angreift. Deshalb wird in Deutschland eine öffentliche Debatte über den Sahel-Einsatz der Bundeswehr vermieden, aus Angst, dass dies zu einem Backlash in der öffentlichen Meinung führen könnte. Um dies zu vermeiden, wird behauptet, dass die deutschen Truppen in den Sahelkriegen nur zur Ausbildung und Beratung der einheimischen Truppen da sind, nicht zum Kämpfen. Tatsächlich wissen wir sehr wenig darüber, was dort wirklich vor sich geht, auch weil die Franzosen das Kommando haben und deren nationale Öffentlichkeit viel eher bereit ist, keine Fragen zu ausländischen Militärinterventionen zu stellen als möglicherweise die deutsche Öffentlichkeit.

Für Deutschland ist dies auch aus anderen Gründen ein schwieriges Terrain. In der deutschen politischen Klasse herrscht das Gefühl vor, dass Deutschlands faktische wirtschaftliche Hegemonie in der Europäischen Union dem Rest Europas als die einer deutsch-französischen Partnerschaft präsentiert werden muss, was, so hofft man, es den anderen EU-Staaten schmackhafter machen würde. Offener Zwist mit Frankreich muss daher um fast jeden Preis verhindert werden, und eine Hauptaufgabe für die Macher der deutschen Außenpolitik besteht darin, gemeinsame Interessen mit Frankreich zu finden oder zu erfinden oder französische Interessen als deutsche Interessen erscheinen zu lassen, zum Beispiel bei der Rüstungsbeschaffung. Die französische Rüstungsindustrie ist einer der wenigen Wirtschaftszweige, in denen Frankreich als Produktionsland glänzt. Aber für die wirklich großen Projekte ist sie zu klein, so dass sie aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen auf die Zusammenarbeit mit deutschen Rüstungsproduzenten angewiesen ist. Die deutsche Regierung ist jedoch gesetzlich verpflichtet, bei Rüstungsexporten sehr restriktiv zu sein. Dies kann in gemeinsamen Projekten mit französischen Partnern umgangen werden, indem diese die Exportseite unter ihrem wesentlich milderem Regime abwickeln. Solche Vereinbarungen können auch aus Gründen der nationalen Sicherheit geheim gehalten werden.

Ein aktuelles Beispiel ist ein deutsch-französisches Projekt zur Entwicklung und zum Bau eines Jagdbombers der nächsten Generation, genannt „Future Combat Air System“ (FCAS), komplett mit Drohnenschwärmen, Satelliten und Bodenstationen, das bis zum Jahr 2040 schätzungsweise 300 Milliarden Euro kosten wird (was erfahrungsgemäß am Ende sicher noch viel mehr sein wird). Zum Vergleich: Der sogenannte „Next Generation EU Recovery and Resilience Fund“, der allen 26 EU-Mitgliedsländern bei der Bewältigung der Nachwirkungen der Pandemie helfen soll, ist mit 750 Milliarden veranschlagt, also nur eineinhalb Mal so viel wie ein neues Kampfflugzeug. Kürzlich scheint Deutschland dem FCAS formell beigetreten zu sein, obwohl niemand weiß, und in der Tat scheint niemand im deutschen politischen Establishment überhaupt zu fragen, welchen Feind der FCAS bekämpfen soll, außer vielleicht die französische Verärgerung über Deutschland.

JE: Wie hängt das mit der NATO und den Verpflichtungen Frankreichs und anderer europäischer Länder gegenüber diesem Bündnis zusammen?

WS: Das ist ein weiteres Konfliktfeld zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland ist eine nicht-nukleare Macht, die zwischen vier Nuklearmächten eingezwängt ist – Russland, Großbritannien, Frankreich und den USA, die eine unbekannte Anzahl von Raketen und Nuklearsprengköpfen und etwa 40'000 Soldaten auf deutschem Boden stationiert haben. Frankreich hat deutlich gemacht, dass die französische Atomstreitmacht, die sogenannte Force de frappe, im Ernstfall nicht zur Verteidigung Deutschlands zur Verfügung stehen wird; sie ist eine rein nationale Streitmacht und steht ausschließlich unter dem Kommando des französischen Präsidenten. Paris würde mit anderen Worten nicht für Berlin geopfert werden. Es bleibt das amerikanische Versprechen des nuklearen Schutzes im Rahmen der NATO, das Deutschland viel stärker an die USA bindet als Frankreich. Je mehr Druck die USA auf Russland ausüben, z.B. in der Ukraine, desto mehr fühlt Russland die Notwendigkeit, seine Atomstreitkräfte aufzurüsten, da seine konventionellen Streitkräfte der NATO nicht gewachsen sind. (Bald wird Russland weniger für sein Militär ausgeben als Deutschland allein, das sowohl von den USA als auch von Frankreich unter Druck gesetzt wird, mehr für die „Verteidigung“ auszugeben.) Russische Investitionen in die Verbesserung seiner nuklearen Kriegsführungskapazitäten, wie sie derzeit im Gange sind, machen Deutschland noch abhängiger von den USA, und dies mag ein Grund sein, warum die USA auch nach dem Ende der Sowjetunion weiterhin eine feindliche Haltung gegenüber Russland einnehmen. Außerdem, während Frankreich vor allem an Afrika und dem Nahen Osten interessiert ist, liegen die deutschen Interessen eher in Osteuropa, als Markt für seine Exporte und als Ort für industrielle Investitionen und die Anwerbung von billigen eingewanderten Arbeitskräften. Die osteuropäischen Länder verlangen jedoch militärischen Schutz gegen Russland, den die Franzosen nur zögerlich gewähren, da sie mit politischen Mitteln eine Entspannung anstreben, um in Afrika freie Hand zu haben. So muss Deutschland einen schwierigen Spagat zwischen den USA und Frankreich vollziehen, der in Zukunft immer schwieriger werden dürfte, da die französischen Ambitionen auf eine europäische Führungsrolle wachsen. Man beachte, dass die französischen Truppen Afghanistan schon lange verlassen haben, Jahre bevor die USA dazu bereit waren, während Deutschland bis vor ein paar Monaten die USA drängte, dort zu bleiben, und anbot, seinen Militäreinsatz zur Unterstützung zu erhöhen.

Beachten Sie auch, dass all dies ungeheuer schwer nachzuvollziehen ist. Die internationale Kriegsführung, die teilweise unter dem Deckmantel eines „Krieges gegen den Terror“ geführt wird, ist und kann mehr denn je geheim gehalten werden. Ein Großteil der schmutzigen Arbeit wird von Drohnen oder Robotern erledigt, wo man keine traditionellen Soldaten mehr braucht, sondern nur noch Programmierer und sozusagen Gamer. Zwar müssen Wüstenkrieger manchmal noch von Hand getötet werden, aber das wird zunehmend von Special Forces erledigt, die in tiefer Geheimhaltung operieren. Special Forces, oder Special Ops, scheinen heutzutage überall zu sein, wobei eine bemerkenswerte Anzahl von Ländern kleine Eliteeinheiten zur Verfügung stellt, die unter amerikanischem Kommando und mit Hilfe der

amerikanischen Logistik kämpfen. Ihre „Missionen“ sind so geheim, dass nicht einmal ihre Familienangehörigen wissen dürfen, wo sie operieren und was genau sie tun.

JE: Die Franzosen geben bei weitem am meisten für ihr Militär aus, während viele andere Länder ihr Militär verkleinert und auf eine schlanke, professionalisierte Armee umgestellt haben. Warum ist das so? Und wie ist das vor dem Hintergrund der neokolonialen Beziehung Frankreichs zu großen Teilen Afrikas einerseits und der Tatsache, dass Frankreich seit dem EVG-Debakel 1954 viele Versuche, eine europäische Armee zu bilden, mit einem Veto belegt hat, zu interpretieren.

WS: Die französische Armee sieht groß aus, wenn man nur auf ihre Kosten schaut. Aber da der französische Verteidigungshaushalt all diese teure Hardware, von Atombomben über Flugzeugträger bis hin zu Atom-U-Booten, bezahlen muss, sind die Bodentruppen alles andere als beeindruckend. Leider helfen, wie angedeutet, Atom-U-Boote in einem Wüstenkrieg gegen eine aufständische Guerilla nicht weiter. Anders als in den 1950er Jahren will Frankreich jetzt eine europäische Armee, die Deutschland einschließt, da es glaubt, dass es sich tatsächlich um eine französische Armee mit deutschen Landstreitkräften und Hilfstruppen aus anderen, kleineren Ländern handeln würde. Dieser Optimismus hängt mit dem französischen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zusammen, mit einem Vetorecht gegen alles, was Frankreich nicht gefällt, und mit dem französischen Status als einzige Atommacht der EU. Es gibt starke französische Bemühungen, die von der deutschen Regierung halbherzig unterstützt werden, eine, wie die Franzosen es nennen, „gemeinsame strategische Kultur“ mit Deutschland und dem deutschen Militär zu entwickeln, als Gegengewicht zu Deutschlands zwangsläufig enger und vermutlich lebenswichtiger Verbindung mit den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik unter Trump versuchte eine Zeit lang, Russland entgegenzukommen und dafür die Rolle der NATO zu reduzieren. Trump stellte sogar öffentlich die Frage, warum die NATO, die zur Verteidigung gegen die Sowjetunion gegründet worden war, immer noch besteht, drei Jahrzehnte nachdem die Sowjetunion verschwunden war. Das gefiel Frankreich sehr, während in Deutschland eine zutiefst „atlantisch“ eingestellte politische Klasse verängstigt war. Gegenwärtig scheint die Biden-Administration zum alten Antirussianismus der Demokratischen Partei zurückzukehren. Als Antwort darauf versucht die französische Politik, die Verbindung mit Deutschland zu stärken, um es zum Kern einer europäischen Untereinheit der NATO zu machen – bereit, sich im nächsten Trump'schen Moment in ein eigenes Machtzentrum zu verwandeln, unabhängig von den Vereinigten Staaten. Es ist klar, dass dies ohne Deutschland unmöglich wäre.

Quelle: [Jonas Elvander – Interview with Wolfgang Streeck: The EU's war in Africa](#)